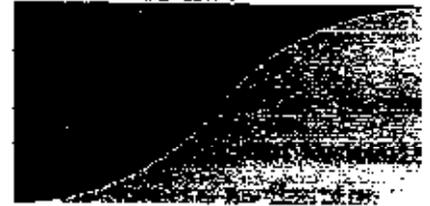


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 406
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39
Telex: 06 86 846-48 ppbn d



Inhalt

Egon Bahr MdB, Bundesgeschäftsführer der SPD, wertet das hessische Wahlergebnis als Ermutigung für die bayerische Landtagswahl am nächsten Sonntag. Seite 1/2

Klaus Matthiesen, Oppositionsführer in Schleswig-Holstein und Spitzenkandidat der SPD für die Landtagswahl im Frühjahr 1979, sieht nach Hessen neue Chancen für eine sozialliberale Koalition in Kiel. Seite 3

Dr. Volker Hauff, Bundesminister für Forschung und Technologie, würdigt das Regierungsabkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit China. Seite 4

Olaf Sund, Senator für Arbeit und Soziales in Berlin erläutert die Aufgaben einer neuen "Arbeitsgruppe für die beschäftigungs- und berufspolitischen Belange der Frauen" in Berlin. Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 106-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 194

9. Oktober 1978

Konsolidierung in Hessen

Jetzt richten sich die Blicke auf Bayern

Von Egon Bahr MdB
Bundesgeschäftsführer der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Wahlergebnis in Hessen ist eine weitere wichtige Station auf dem Weg der Konsolidierung sozialdemokratischer Positionen in Bund und Ländern. Nach dem Erfolg bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen und dem Beweis der Geschlossenheit des sozial-liberalen Bündnisses bei der Neuwahl des Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen ist Holger Börner die überzeugende Fortsetzung dieser kontinuierlichen Entwicklung gelungen.

Neben dem ganz persönlichen Erfolg von Holger Börner, der auch ein Erfolg der Geduld und des Vertrauens ist, die den Menschen und Politiker Holger Börner auszeichnen, beweist das Wahlergebnis: Lebendige Vielfalt in der innerparteilichen Diskussion und dann Geschlossenheit in der Aktion nach außen sichern der Partei Glaubwürdigkeit beim Bürger. Nur so können verlorengegangenes Terrain wiedergewonnen und neue Wähler gewonnen werden.

Hessen bedeutet die Absage an einen Wahlkampfstil, der Verleumdung und Verketzerung des politischen Gegners zum

Mittel der Auseinandersetzung machen will. Weder die Pacepa-Affäre noch der letzte Nothelfer der Konservativen unter dem Stichwort, Sozialdemokraten wollten Kommunisten zu Lehrer machen, waren das Wundermittel, mit dem Dregger die hessische Bastion stürmen konnte.

Hessen hat die sozial-liberale Koalition in Bonn gestärkt und bestätigt. Die CDU hat ihr Wahlziel verfehlt. Die Strategie der Polarisierung, des Dauertests hat sich für die CDU nicht ausgezahlt. Im Gegenteil, sie hat in allen Landtagswahlen seit der Bundestagswahl reale Einbussen hinnehmen müssen. Die Opposition hat jede Landtagswahl mit dem Blick auf Bonn geführt und jammert hinterher, daß sie mit dem Blick auf Bonn gescheitert ist. Der zackige Marschschritt der Konfrontation macht Lärm, aber gewinnt zu wenig Raum. Die Diskussion um die vierte Partei hat durch Hessen neue Nahrung erhalten.

Jetzt richten sich die Blicke auf Bayern. Das Wahlergebnis von Hessen ist eine Ermutigung für die bayerischen Sozialdemokraten. Dort kann die CSU von ihrem allzu hohen Roß heruntergeholt werden. Und wenn Strauß gestern abend über zu hohe Wahlbeteiligung in Hessen klagte: Falls bayerische CSU-Wähler das als Aufforderung betrachten, am Sonntag zu Hause zu bleiben, soll uns das recht sein. Für Sozialdemokraten gilt jetzt besonders: Jedes Prozent weniger für die CSU ist ein Prozent mehr für Toleranz und Liberalität in Bayern und zugleich eine Unterstützung für die von Bundeskanzler Helmut Schmidt geführte Bundesregierung.

(-/9.10.1978/ks/hgs)

+ + +

Mit Rückenwind aus Hessen

Ausgangslage für SPD/FDP in Kiel verbessert

Von Klaus Matthiesen MdL

Oppositionsführer und Spitzenkandidat der SPD in Schleswig-Holstein

Noch bevor in Hessen am Sonntagabend die Wahllokale geschlossen hatten, fiel bei der schleswig-holsteinischen FDP eine grundsätzliche Entscheidung zugunsten einer Koalition mit der SPD im nördlichsten Bundesland. Damit sind auch in Schleswig-Holstein für die Landtagswahl am 29. April 1979 die Fronten klar: Hier die Voraussetzungen für eine Reformkoalition der landespolitischen Erneuerung gegen dort die landespolitische Erstarrung nach 28 Jahren CDU-Regierung. Die Lehre für die FDP, daß sich ein klares Bekenntnis zur SPD auszahlt, wurde in Schleswig-Holstein berücksichtigt, noch bevor sie in Hessen erteilt war.

Das Votum der Kieler FDP war allerdings keine Überraschung. Die breiten programmatischen Gemeinsamkeiten zwischen SPD und FDP und die klare Frontlinie gegen die mit einer Stimme Mehrheit regierende CDU in den vergangenen drei Jahren ließen keine andere Entscheidung zu. Allenfalls für die CDU überraschend war die Eindeutigkeit der Entscheidungen, nachdem es in einigen Kreisverbänden zuvor anderslautende Stimmen gegeben hatte: 175 von 200 Delegierten des FDP-Landesparteitages waren für die Koalition mit der SPD.

Das Ergebnis der Wahl in Hessen hat die ohnehin günstige Ausgangsposition für SPD und FDP in Schleswig-Holstein verbessert. All jenen, die bei der Kommunalwahl im Frühjahr dieses Jahres - vor allem in zwei Landkreisen Schleswig-Holsteins - noch "grün" gewählt haben, wurde deutlich gemacht, daß jede Stimme für die Grünen eine verlorene Stimme ist. Diese Erkenntnis wird der FDP in Schleswig-Holstein zugute kommen. Wie auch in Hessen wird die schleswig-holsteinische CDU Gerhard Stoltenbergs im Wahlkampf vor allem versuchen, die FDP zu zerschlagen. Ich bin sicher, daß die FDP im Frühjahr 1979 ohne weiteres in den Landtag gelangen kann.

(-/9.10.1978/ks/hgs)

Weitere Zusammenarbeit mit China

Wissenschaftlich-technische Beziehungen zu China verbessert

Von Dr. Volker Hauff MdB

Bundesminister für Forschung und Technologie

Das unterzeichnete Regierungsabkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China und die zugleich getroffene Vereinbarung konkreter Bereiche der Zusammenarbeit lassen entscheidende Impulse für eine weitere Ausdehnung und Intensivierung der wissenschaftlich-technologischen Beziehungen zwischen beiden Ländern erwarten.

Der Besuch des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Mitglied des Politbüros der KP Chinas Fang Yi vom 4. bis 14. Oktober 1978 ist der bisherige Höhepunkt des wissenschaftlich-technologischen Austauschs zwischen beiden Ländern, der 1976 seinen Anfang nahm. Damals wurde mit der Academia Sinica der Austausch von drei Delegationen auf den Gebieten Kohle, Stahl und Erdöl vereinbart. Außerdem sollten die Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit in anderen Bereichen, wie z.B. der Anwendung von Kommunikationssatelliten geprüft werden. Über diesen mittlerweile von beiden Seiten in vollem Umfang erfüllten Delegationsaustausch hinaus, haben seither eine Vielzahl weiterer Begegnungen, zum Teil auf hoher politischer Ebene stattgefunden. Vier weitere Delegationen auf den Gebieten der Turbomechanik, der Kraftwerkstechnologie, der Bergbauforschung und der Kommunikationssatelliten wurden noch für dieses Jahr vereinbart.

Dies zeigt, daß die deutsch-chinesischen Beziehungen schon jetzt einen beträchtlichen Umfang erreicht haben. Die Schwerpunkte der jetzt gemeinsam mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Fang Yi erarbeiteten Vereinbarung liegen im Bereich der Energieforschung und Energietechnologien, der Rohstoff- und Materialforschung sowie der physikalischen Grundlagenforschung. Weitere Schwerpunkte sind die Luftfahrt- und Welt-raumforschung und -technik, aber auch die Agrarforschung und ausgewählte Bereiche der Medizinforschung.

Dabei zeichnen sich bereits jetzt konkrete gemeinsame Projekte ab, etwa im Bereich der Astronomie für die Planung und Errichtung eines großen Radioteleskops und der Aufbereitung von NE-Metallen, die für unser Land von großer Bedeutung sind. Insgesamt sind wir auf dem Wege einer engeren Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technologischem Gebiet, auf die wir als hochentwickeltes rohstoffarmes Land angewiesen sind, ein Stück weitergekommen. Die Bundesregierung versteht diese Zusammenarbeit als gleichberechtigte Partnerschaft und setzt sich dafür ein, daß durch den Transfer von Technologien und Rohstoffen nach der einen oder anderen Seite nicht neue Abhängigkeiten geschaffen werden.

(-/9.10.1978/ks/hgs)

Neuer organisatorischer Ansatz einer Politik für Frauen

Senat von Berlin richtet Arbeitsgruppe ein

Von Olaf Sund

Senator für Arbeit und Soziales in Berlin

Der Forderung, daß es nach fast drei Jahrzehnten verfassungsrechtlicher Gleichstellung von Mann und Frau nunmehr endlich an der Zeit ist, die tatsächliche Situation der Frau in Gesellschaft, Beruf und Familie zu verbessern, kann ernsthaft kaum mehr widersprochen werden. Über die Art und Weise, wie dies geschehen soll, gibt es allerdings sehr unterschiedliche Auffassungen. Dies kann angesichts der Komplexität und Ideologieträchtigkeit der Materie nicht überraschen.

Einen der möglichen Wege beschreitet jetzt der Senat von Berlin, der bereits im August beschlossen hat, zum Jahresbeginn 1979 eine "Arbeitsgruppe für die beschäftigungs- und berufspolitischen Belange der Frauen" einzurichten. Diesem Beschluß liegt die Erkenntnis zugrunde, daß die berufliche Förderung der Frauen einen der zentralen Ansatzpunkte darstellt, um deren Stellung in der Gesellschaft zu verbessern. Damit wird zugleich berücksichtigt, daß immer mehr verheiratete Frauen und auch Mütter minderjähriger Kinder berufstätig sind oder sein wollen. Es ist davon auszugehen, daß sich diese Entwicklung nicht mehr zurückdrehen läßt: Frauen sind immer weniger bereit, die Funktion einer "stillen Arbeitsmarktreserve" zu erfüllen, die je nach Bedarf aktiviert oder an den Herd zurückbeordert werden kann.

Es ist mit der Berliner Initiative beabsichtigt, besonders zwei Zielgruppen von Frauen zu fördern, und zwar Mädchen, die eine qualifizierte und in die Zukunft tragende Berufsausbildung anstreben, sowie Frauen, die nach einer Phase der Kindererziehung wieder in das Erwerbsleben eintreten wollen. Mit Hilfe von Modellversuchen sollen hierzu Erfahrungen über Probleme und deren mögliche Lösungen gesammelt werden, um daraus gezielte Förderungsprogramme ableiten zu können.

Der Berliner Ansatz orientiert sich also ganz praktisch auf konkrete Aktivitäten in einem wichtigen Bereich der Benachteiligung der Frauen. Aus die-

sem Grund wird die Arbeitsgruppe auch nicht in einer übergeordneten Stelle wie etwa der Senatskanzlei verankert, sondern dem Geschäftsbereich des Senators für Arbeit und Soziales zugeordnet werden. Allerdings soll die Arbeitsgruppe - unbeschadet der Ressortzuständigkeiten - Vorhaben und Maßnahmen des Senats koordinieren, die Frauenfragen betreffen.

Der Hamburger Senat strebt die Schaffung einer "Leitstelle für die Verwirklichung der Gleichstellung der Frau" an. Sie soll in der Senatskanzlei ab Januar 1979 tätig werden und Vorhaben und Programme des Senats auf frauenspezifische Belange hin überprüfen und eigene Vorschläge erarbeiten. Dabei wird erklärtermaßen davon ausgegangen, daß ein überholtes Bild von der Rolle der Frau ihre benachteiligte Stellung in Beruf, Familie und Gesellschaft wesentlich bedingt.

Welche inhaltliche und organisatorische Form - die Einordnung in ein Ressort mit praktischen und begrenzten Aufgaben oder die ressortübergreifende Einrichtung mit Abstimmungs- und Initiativfunktionen - die geeignetste ist, wird daran zu messen sein, inwieweit schließlich tatsächlich Verbesserungen zugunsten der Frauen erreicht werden.

Im Vergleich zu Berlin und Hamburg ist die organisatorische Struktur und die Aufgabenstellung in verschiedenen unionsregierten Ländern, z.B. in Bayern oder Baden-Württemberg, erheblich weniger ausdifferenziert.

Welch ein geringes Gewicht einer gezielten und besonderen Förderung der Frauen beigemessen wird, zeigt sich deutlich daran, daß den dortigen schwach besetzten Stellen zusätzlich Aufgaben der Altenhilfe oder der Familienpolitik übertragen worden sind. Dies belegt einmal mehr, daß die Union überkommenen Rollenvorstellungen anhängt. In München gar hat es die CSU-Mehrheit im Stadtrat unter Hinweis auf "den kürzeren Daumen der weiblichen Hand" abgelehnt, bei den Stadtwerken für Mädchen Ausbildungsplätze in technischen Berufen zur Verfügung zu stellen.

(-/9.10.1978/bgy/hgs)